

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872**

2.2.1872 (No. 28)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. Februar.

N. 28.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.  
Einzugsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

**Abonnements auf die Monate Februar und März sind gegen Frankoeinsendung von 1 fl. 20 kr. von der Expedition (Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14) direkt zu bestellen, da die Deutsche Reichspost nur vierteljährliche Abonnements annimmt. Zu diesem Preis von 1 fl. 20 kr. ist dann noch die Bestellgebühr an den Briefträger zu entrichten.**

**Wir bitten um baldgefällige Aufgabe der Bestellungen.**

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem königlich württembergischen Ingenieur-Hauptmann Wilhelm Graf in Ulm und den früheren Feldgeistlichen, nunmehrigen Pfarrer Franz Anton Keck in Stetten a. L. M. das Ritterkreuz 1. Klasse mit Schwertern Allerhöchstihres Ordens vom Röhlinger Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem königlich bayerischen Unteroffizier Stock vom Fuhrwesen die silberne Verdienstmedaille am Bande der Karl-Friedrich-Militär-Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, dem Vorstande Höchstihres Geheimen Kabinetts, Geh. Legationsrath Freiherrn von Ungern-Sternberg, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen königl. Kronen-Ordens 2. Klasse zu ertheilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 31. Jan. Der Reichsanzeiger publiziert das Gesetz betreffend die Einführung des das Reichs-Kriegswesen betreffenden Artikels der Reichsverfassung, sowie die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst in Elsaß-Lothringen. Dasselbe findet auf Elsaß-Lothringer, welche vor 1851 geboren sind, keine Anwendung.

† Wien, 31. Jan. Das Syndikat für die Aktien der Interventionsbank hat sich aufgelöst. Die Teilnehmer erhalten 5 Gulden. Der durch die Begebung der Aktien für die Bank resultirende Nutzen beträgt 400,000 Gulden.

### Deutschland.

Karlsruhe, 1. Febr. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 5 enthält die Verordnungen und Bekanntmachungen 1) des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: a. das Verfahren in Justizsachen betreffend; b. einige Abänderungen der Dienstweisung für Gerichtsärzte betreffend; c. Untersuchungen gegen Militärschlichter betreffend. 2) Des Ministeriums des Inneren: a. die Gebühren der Reichenschauer betreffend; b. das Verfahren in Polizeisachen betreffend; c. einige Änderungen in der Organisation der Verwaltungsbehörden des Großherzogthums betreffend. Im Einverständnis mit dem K. Generalkommando des XIV. Armee-corps wird bestimmt, daß die in der höchsten Verordnung vom 5. Jan. d. J. verfügte Abänderung in der Organisation der Verwaltungsbehörden in allen Militärverfahrs-Angelegenheiten bereits am 1. Febr. d. J. in Wirksamkeit zu treten habe. 3) Des Finanzministeriums: das Verfahren in Finanzsachen betreffend.

München, 31. Jan. Wie wir hören, soll der vom Abg. Schüttinger eingebrachte Initiativantrag nunmehr als zwecklos zurückgezogen werden. Von Mandatsniederlegungen ist es wieder ruhig, vielmehr soll Jörg beabsichtigen, die Opposition zu organisieren. Alle Angriffe sollen als zwecklos aufgegeben werden, da konstatiert ist, daß die Partei die Majorität in der Kammer nicht mehr hat. — Prof. Dr. v. Döllinger wird in drei öffentlichen, im hiesigen Museum zu haltenden Vorträgen (am 31. Jan., 7. und 14. Febr.), die Wiedervereinigungsversuche zwischen den christlichen Kirchen und die Aussichten einer künftigen Union behandeln.

Kassel, 29. Jan. Die hiesige „Tagespost“ enthält heute Folgendes:

Nachdem Se. Maj. der Kaiser und König allergnädigst geruht haben, mich zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassel zu ernennen, habe ich die Verwaltung dieses Amtes übernommen. Es wird mein Bestreben sein, durch gerechte und wohlwollende Vertretung die Interessen der Provinz zu fördern und das Vertrauen der Bewohner derselben zu erwerben. — Kassel, 25. Jan. 1872. Der Oberpräsident v. Dobelesch-Wingh.

Leipzig, 30. Jan. Der in heutiger öffentlicher Sitzung des Reichs-Oberhandelsgerichts verhandelte Prozeß des Eduard Stöckle zu Offenbach gegen die Eheleute Wögele allda ist nicht nur durch den Streitwerth von etwa 53,000 fl., sondern auch durch den eigenthümlichen Verlauf der Sache von besonderem Interesse. Dieser Rechtsstreit führte sogar den Kläger auf die Anklagebank vor dem Schwurgericht Offenbach, wo jedoch eine Freisprechung erfolgte. Trotzdem war der Kläger vom Appellationshof Karlsruhe mit seiner Klage auf Grund von Betrug im Sinne des bürgerlichen Gesetzes abgewiesen worden, und dieses Urtheil hat der oberste Reichs-Gerichtshof bestätigt, wobei übrigens ein Betrug nur insofern angenommen wurde, als der Kläger die von seinem Schwiegervater angewendeten Kunstgriffe gekannt habe und die dadurch bewirkte Täuschung der Beklagten als Ursache des dem Kläger sehr vortheilhaften Vertrages erseheint.

Berlin, 30. Jan. In Elsaß-Lothringen wird nun mit der Einführung der deutschen Wehrverfassung Ernst gemacht. Wie die „Korr. Stern“ mittheilt, hat der Kaiser am 23. Jan. das Gesetz unterzeichnet, welches die das Reichs-Kriegswesen betreffenden Artikel 57, 58, 59, 61, 63, 64 und 65 der Reichsverfassung, sowie das Reichsgesetz vom 9. Nov. 1867 wegen der Verpflichtung zum Kriegsdienst, und das Gesetz vom 9. Dez. 1871 über die Friedenspräsenzstärke im genannten Reichslande einführt. Auf die vor dem 1. Jan. 1851 gebornen Angehörigen von Elsaß-Lothringen findet das Kriegsdienst-Gesetz keine Anwendung. Hinsichtlich der Zulassung zum einjährigen Dienste, sowie bei Beurtheilung der auf häusliche u. Verhältnisse gegründeten Anträge auf Befreiung vom Militärdienste soll während der nächsten Jahre auf die besonderen Verhältnisse von Elsaß-Lothringen Rücksicht genommen werden.

Berlin, 30. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, worin die Beratung des Etats des Kultusministeriums in Angriff genommen wurde und der neue Kultusminister Dr. Falk vor der Kammer zum ersten Male erschien, gab die Wf. „Katholischer Kultus“ zu einer lebhaften Debatte Anlaß.

Abg. v. Mallinckrodt bespricht den Erlaß über die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium. Die katholische Abtheilung sei keinesfalls eine konfessionelle Behörde, daher man sie ohne Grund aufgehoben habe. Man sehe hieraus wieder, wie wenig die Parität geachtet sei (oh! oh!); im Ministerium suche man vergebens nach Katholiken. Die Gründung der katholischen Abtheilung war eine Dase, an der man wenigstens den guten Willen sah. Jetzt sei die Dase durch den Willensbruch der Unparität verschwunden. (Oh! oh!) Welchen Schluß soll man aus der Aufhebung der katholischen Abtheilung ziehen? Die Staatsregierung legt ihren Handlungen Motive unter, welche dazu dienen, die wahren Motive zu verdecken. Dies Beispiel der Regierung sei verwerflich, die Korruption werde von oben nach unten sich verbreiten. (Oh! oh!) Die Regierung sei nach seiner Ansicht nicht genommen, beide Konfessionen gerecht und unparteiisch zu behandeln.

Abg. Wehrenpennig befragt auch, daß ein Kultusministerium noch fortbestehen müsse, doch habe dies mit der vorliegenden Frage nichts zu thun. Er bedauert das Hezen der ultramontanen Blätter, wie der „Germania“, die jeden Tag nachzuweisen sich bemühen, daß die Katholiken in Preußen als Parias behandelt würden. Die Errichtung der katholischen Abtheilung sei in den Jahren 1848–50 besonders bedenklich gewesen; damals sei der Einfluß dieser Abtheilung in den Verfassungskreisen sehr merklich gewesen. Dieser Einfluß in spezifisch kirchlichem Sinne habe sich auch seitdem oft einem weniger wachsamem Minister gegenüber zur Geltung gebracht. Der Staat müsse sein Recht Allen gegenüber wahren, und darum sei eine Abtheilung nöthig; damit gehe man auf die alten guten preussischen Traditionen zurück.

Minister Falk will die Frage über die Parität nicht erörtern und sich an die Sache halten, d. h. an die katholische Abtheilung, die trotz Allem und Allem eine große Macht gehabt und durchaus nicht so unselbständig gewesen; denn viele katholische Angelegenheiten und Restripte seien von dem Chef dieser Abtheilung unterzeichnet; letztere machten auf ihn auch oft den Eindruck von Restriptionen nicht von Staatsbehörden, sondern von Kirchenbehörden. (Sehr richtig. Beifall.) Das sei seine persönliche Ueberzeugung. Spräche man von der Ueberleitung des Kultusministeriums auf das Justizministerium, so sei mit ihm der Anfang gemacht, denn er sei Jurist, und wenn der Abg. Reichensperger ihm zugerufen „hat justitia, percat mundus!“, so werde er diese Warnung sicher nie vergessen. Die Kirchengemeinden sollen ihre freie, volle freie Bewegung behalten; wo aber Rechte des Staates zu wahren und zu schützen sind, zu wahren und zu schützen auch der Kirche gegenüber, da werden Sie mich als Juristen finden. (Lebhafter Beifall.) Man hat mich schon angegriffen, keiner ich noch das Ministerium übernommen hätte, und ohne meine Ansichten zu kennen; man hat behauptet, ich sei ein Freund des Ministers v. Luz, nur würde

ich die Sachen geschickter anfangen als dieser. (Weiterkeit.) Ich danke dem Abg. Reichensperger für das mir entgegengebrachte Vertrauen; ich hoffe dasselbe zu rechtfertigen. Ich habe eine schwere, schwere Last übernommen; auf meinen Schultern ruht die Entscheidung, und ich habe nichts weiter als den Rath, den man mir ertheilt. Diesen Rath werde ich von allen Seiten hören; aber ich meine in der That, daß man von dem Beamten, der an die Spitze dieses Ministeriums gestellt wird, erwarten muß, daß er sich frei halte von allen Einflüssen von außerhalb, und diesen Standpunkt halte ich auch für denjenigen der Verfassung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst wendet sich zunächst gegen die Aeußerungen des Abg. Wehrenpennig, die zum Theil gar nicht in die Debatte gehörten. (Fürst Bis marck tritt ein.) Jedem Unbefangenen sei klar, daß die Katholiken nicht gleich behandelt würden mit den Protestanten. (Aufe: Nein!) Ihr Nein beweist nichts; wir sind nicht in den höhern Instanzen der Gerichte, nicht in den Regierungen, wir sind nirgends vertreten; die Disparität ist namentlich in Betreff der Universitäts-lehrer flagrant. Es sei eine eigenthümliche Tendenz vorhanden, die Katholiken anzufinden, ihre berechtigten Wünsche zurückzuschieben. Die Haltung der Regierung den Katholiken gegenüber sei ein vollständiges Abweichen von den alten preussischen Traditionen und den Ansichten Friedrichs des Großen. (Redner zankt sich nebenbei mit Karborff, Wehrenpennig und Renard, so oft sie ihm in die Rede fallen.) Zu wünschen wäre, daß all den kirchlichen Diskussionen ein Ende gemacht würde, damit man gemeinsam und in Ruhe und Frieden an der Entwicklung der innern Angelegenheiten arbeiten könne. Es sei zu bedauern, daß ein Jurist als Minister solche Aeußerungen gethan habe in Betreff des Eindrucks, den er beim Lesen dieses oder jenes Restriptes empfangen. Bei den Ansichten, welche der Minister kundgibt, bedauere er die Katholiken und die katholische Kirche, denn ihr Wehrliege in der Hand einer absolut protestantischen Behörde. Wollte man nicht wie in Holland einen katholischen Kultusminister anstellen, so müsse man mindestens eine katholische Abtheilung im Ministerium lassen. Jetzt sehe es so aus, als traue man den Katholiken gar nicht zu, eine Sache objektiv zu behandeln. Daß der Minister in den Blättern angegriffen worden, sei ihm neu. Jedenfalls bedauere er solche vorzeitige Angriffe; er habe das Vertrauen zu dem Minister, daß er Alles, was in seiner Macht liegt, anwenden wird, um den Interessen Aller, also auch der Katholiken, gerecht zu werden.

Fürst Bis marck: Ich hatte geglaubt, daß ich der heutigen Debatte würde klos als Zuhörer beizuhören können; aber der Redner nöthigt mich, einige Worte über die Stellung der Staatsregierung zu sagen. Der Redner hat mit warmen Worten den Wunsch betont, daß wir zu konfessionellem Frieden im Lande gelangen möchten. Ich möchte an das eigene Urtheil des Redners darüber appellieren, ob seine Rede wohl geeignet sein kann, diesen Frieden zu erhalten. Ich kann nicht einmal zugeben, daß er die Thatsachen mit der Wahrheit beleuchtet hat, welche jede Religion an ihre Spitze stellt. Was die Zahl der in der Regierung vertretenen Katholiken anlangt, so lehne ich jede Verpflichtung zu einer solchen Zählung ab. Wenn eine solche Zählung stattgefunden hat, so kann ich nur sagen, daß es wider den Willen der Staatsregierung geschehen. Das statistische Bureau veranstaltet viele Zählungen, welche ich nicht veranstalten würde, und deren Tendenz ich nicht theile. (Sehr richtig!) Wenn der Redner den Umstand tabelt, daß kein Katholik im Ministerium vorhanden ist, so bedauere ich dies, aber wir bedürfen im Ministerium einer gewissen Homogenität; wollte man nun eine größere Anzahl von Ministern aus der Centrumsfaktion wählen, so würde das jetzige Ministerium seine Aufgabe nicht lösen können. (Beifall.) Ich habe es immer als etwas Ungeheuerliches betrachtet, in einer politischen Versammlung eine konfessionelle Faktion zu bilden, wodurch das Heiligste des Menschen, die Kirche, in die politische Tribünen-Diskussion gezogen wird. Es war ein großer politischer Fehler, daß Sie eine solche Faktion hier bildeten und Ihre Glaubensgenossen durch allerhand Einflüsse nöthigten, dieser Faktion beizutreten. Alle übrigen Konfessionen haben dieselben Rechte, sobald wir den Staat in konfessionelle Theile zertheilen; auch die jüdische Konfession hat das Recht, und diese Konfession besitzt Mitglieder, welche sich durch große Intelligenz und besondere Beschäftigung für Staatsgeschäfte auszeichnen. (Große Weiterkeit.) Als ich aus Frankreich zurückkehrte, habe ich die Bildung dieser Faktion nicht anders betrachtet, denn als eine Mobilmachung der Partei gegen den Staat. Ich war zweifelhaft, ob die Faktion, als ein so kampfbereites und kampfbereitendes Mitglied wie der Redner an ihre Spitze trat, welches sich nur mit Widerwillen dem preussischen Staat angeschlossen hat, und von dem ich heute noch zweifle, ob ihm die Bildung des Deutschen Reiches in dieser Gestalt recht ist — ob die Faktion genügt sei, so zu handeln, daß man mit ihr leben könne. Ich wurde der Sorge bald überhoben durch die Haltung, welche die mobil gemachte Armee einnahm. (Hört! hört!) Ich mußte erfahren, welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden sind; ich mußte mit Befremden hören, daß die Wahlredner geradezu an die Leidenschaften der unteren Klassen appellirten, und daß Alles, was man an der Regierung tabeln konnte, grell beleuchtet wurde, aber etwas Gutes über die preussische Regierung habe ich nicht gehört. Die Partei nahm Parteigänger von notorisch preussengefeindlicher Gesinnung in ihre Mitte auf, und da habe ich denn vorausgesehen, daß wir zu der traurigen Lage kommen werden, in der wir uns befinden. Die katholische Abtheilung im Kultusministerium hatte im absoluten Staate ihre vollständige Berechtigung; sobald wir aber in die konstitutionelle Form übertraten, war es ganz unverträglich mit den Grundbegriffen der Verfassung, daß die Erlangung verschiedener Stellen im Staate abhängig sein solle von einem religiösen Bekenntniß. (Sehr richtig!) Die katholische Abtheilung hatte schließlich den Charakter angenommen, daß sie ausschließlich die Rechte der Kirche innerhalb des Staats vertrat. Ich hatte schon vor Jahren



beim Könige in Anregung gebracht, ob es nicht besser sei, einen päpstlichen Nuntius statt dieser Abtheilung in Berlin zu halten; ich habe indessen nicht gewagt, dieser Ansicht Folge zu geben, da ich sowohl in höheren Kreisen, als auch in der öffentlichen Meinung eine Abneigung dagegen wahrgenommen habe. Ob wir nicht doch noch dahin kommen werden, überlasse ich der Entwicklung. Von der Tonart der Presse hat sich der Beredner frei gehalten, aber ganz frei von Leidenschaftlichkeit waren seine Ausführungen nicht. Die Partiorgane des Beredners, namentlich die „Germania“, haben die deutschfeindlichen Blätter, wie z. B. den bayrischen „Volkboten“, als Vertretung derselben Richtung anerkannt, und daraus geht hervor, daß die Mobilmachung, von der ich sprach, in keinem für die Regierung freundlichen Sinne erfolgt ist. Ich bitte Sie, lassen wir die leidenschaftliche Sprache von diesem Gebiete fort; es ist die ernste Absicht der Regierung, daß jede Konfession, und namentlich die katholische, sich innerhalb des Staates mit voller Freiheit bewege. Es ist aber nicht zuzugeben, daß die Kirche außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft übe, sowie es die Staatsgesetze verbieten, daß ein Bischof einen Staatsbeamten entlasse. Wir müssen neben einander Platz haben und mit Ruhe neben einander leben können. Man darf in einem paritätischen Staate ohne Staatsreligion von der Regierung nicht ein konfessionelles Auftreten verlangen. Ihnen befreite ich, daß Ihre Fraktion die Ansichten aller Ihrer Glaubensgenossen vertritt. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Graf Bethusy-Huc tritt den Äußerungen des Abg. Windthorst entgegen und führt dabei aus, daß Infallibilität und Syllabus rein dogmatische Dinge seien, die gar nicht für ihn existieren.

Abg. Windthorst ist mit dem Schluß der Rede des Ministerpräsidenten einverstanden, daß man eine Basis für ruhiges, friedliches Arbeiten gewinne. Er und seine Partei hätten mit Freuden zur Wiederherstellung des Friedens die Hände, nicht etwa, weil er den Streit fürchte oder um dessen Ausgang besorgt sei, sondern weil er den Streit eben ja auch nicht begonnen habe, nicht liebe. Er habe nie den Staat bekämpft, sondern nur die Politik des Ministerpräsidenten, und selbst in England habe es niemals ein Minister gewagt, zu erklären, er sei der Staat. Seine Fraktion sei keine konfessionelle, Jeder könne ihr beitreten, der ihre Ansichten theile, und das thäten auch Protestanten, wie ja auch die Centrumpartei von Jahr zu Jahr wachse.

Minister Fall erklärt, der Ministerpräsident habe das Haus verlassen müssen, weil er Vortrag beim Könige habe. Die Diskussion wird geschlossen und nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen die Sitzung auf morgen zur Fortsetzung der Beratung des Kultusdetales vertagt.

**Berlin, 31. Jan. Abgeordnetenhause. Spezialberatung des Stats des Kultusministeriums.** Der Gehalt des Abtheilungsdirectors für geistliche Angelegenheiten, mit 4500 Thlr. fixirt, wird bewilligt; dagegen stimmten das Centrum und die Polen. Zu Titel 5 (evangelischer Oberkirchenrath) ruft der Antrag auf Absetzung einer Zulage von 500 Thlrn. für den Präsidenten des Oberkirchenraths eine lange Debatte hervor. Müller (Berlin) befürwortet den von ihm, Birchow und Tschow gestellten Antrag auf Verweigerung aller Ausgaben für den Oberkirchenrath. Der Kultusminister erklärt, daß auch eine bessere Kraft, wie die seinige, nicht im Stande gewesen wäre, sich in kurzer Zeit über diese höchst verwickelten Fragen zu orientiren. Er dürfe nicht eher antworten, als bis er bezüglich aller Fragen festen Boden unter den Füßen habe. Es sei wesentlich eine sachliche Rücksicht, wenn ihm Zeit gelassen werde. Durch Annahme des Müller'schen Antrags würde die gewünschte Entwicklung um kein Atom gefördert werden.

Nachdem noch Straffer gegen, Birchow für den Antrag gesprochen werden beide Anträge abgelehnt. Für den ersteren stimmte die Fortschrittspartei und der größere Theil der National-Liberalen. Für Aufhebung des Oberkirchenraths nur die Fortschrittspartei. Der Titel Konfessionen wird erledigt.

Bei Titel katholischer Kultus entsteht eine lebhafteste Debatte. Mallinckrodt verteidigt die Centrumpartei gegen die Vorwürfe Birchow's und flagt wiederholt wegen Zurücksetzung der Katholiken und Verletzung der Parität. Fürst Bismarck verliest einen Breslauer Wahlauftrag zu Gunsten des geistlichen Kath's Müller, welcher von Verleumdungen der übrigen Parteien froht. Aus einer solchen Partei sollen wir Minister und Oberpräsidenten wählen? ruft der Fürst.

Der Titel: katholischer Kultus, sowie Provinzial-Schulgesetz, wurde angenommen. Nächste Sitzung Abends 7 Uhr.

**Berlin, 31. Jan. Die „Provinz-Corresp.“** schreibt: „Die ganze Vorberatung über die Kreisordnung berechtigt zu der Erwartung, daß es dem gemeinsamen ernstesten Willen der hervorragenden Vertreter der gemäßigten Parteien gelingen werde, diesmal eine allseitige Verständigung über die Grundlagen der wichtigen Reform zu erzielen.“

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 30. Jan.** Wieder ein schwarzer Punkt weniger. Die gemischte Kommission, welche in Podgoriza tagte und die neuesten blutigen Grenzkonflikte zwischen der Türkei und Montenegro zu erledigen hatte, ist, nachdem sie ihrer Aufgabe gerecht geworden, auseinandergegangen und in Folge dessen auch die seither gesperrte Grenze wieder geöffnet worden.

**Pesth, 30. Jan. (Fest. 3.)** Eine im Finanzministerium abgehaltene Konferenz beschloß, der Reichstag solle den Finanzminister beantragen, die Selbständigkeit des ungarischen Finanzwesens herbeizuführen. Pesth soll Centralpunkt des ungarischen Zettelbankwesens werden, eine eigene von der ungarischen Regierung abhängige Bankdirektion und eigenen Baarschatz erhalten. Falls die Nationalbank diese Forderungen verwirft, soll die Regierung mit anderen Instituten abschließen.

#### Italien.

**Rom, 30. Jan.** Der Handelsminister legte der Kammer einen Gesetzentwurf über Korrespondenzkarten vor. Der Preis derselben ist auf zehn Centesimi festgesetzt.

#### Frankreich.

**Paris, 30. Jan.** Verschiedene Blätter, wie „Journ. des Deb.“, „Temps“, „Gaulois“ halten die Idee einer Nationalsubskription für unpraktisch; dieselbe würde, meint letzterer, im besten Falle 50 Millionen einbringen.

Der Graf und die Gräfin von Paris sind nach Château-Vollain in der Haute-Marne auf die Jagd gegangen; der Prinz von Joinville soll ihnen dorthin folgen. Der Herzog von Montpensier und die Prinzessin Clementine von Sachsen-Koburg sind nach Marseille abgereist. — Der von Washington abberufene russische Gesandte, Hr. Katakazy, wird auf der Durchreise nach St. Petersburg hier erwartet. — Lullier, dem es durch besondere Gnade verstattet worden ist, seine Strafe in der Gefangenenanstalt zu Clairveaux abzuhängen, wurde letzten Samstag unter militärischer Bedeckung von Versailles mittelst Eisenbahn dahin transportirt. Unterwegs machte er auf einer der letzten Stationen seiner alten Gewohnheit gemäß einen Fluchtversuch; er öffnete plötzlich den Wagenschlag und sprang ins Freie, wurde aber bald von den Gendarmen wieder eingeholt und glücklich nach Clairveaux eingeliefert.

**Paris, 30. Jan. (Fr. Bl.)** Berichten aus den okkupirten Departements zufolge werden die deutschen Truppen in Baracken untergebracht. — Die offizielle Verlustliste des letzten Kriegs gibt die Zahl der Todten und Verwundeten zusammen auf 92,000 an. [Blos in den drei Schlachten bei Metz waren es nach französischen Angaben 32,000.]

#### Großbritannien.

**London, 30. Jan.** In einem gestern in Birmingham abgehaltenen Meeting wurde eine Zuschrift Bright's verlesen, in welcher derselbe seinen Wählern für die ihm während der letzten 2 Jahre bewiesene Rücksicht dankt und sein Bedauern ausdrückt, den öffentlichen Meetings und der Parlamentsstimmung noch nicht beiwohnen zu können. Er rechne indeß auf die Möglichkeit seiner Betheiligung an der folgenden Parlamentsstimmung. Von dem Meeting wurde demnach noch eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung zu energischer Anstrengung für die Ballotbill aufgefordert werden soll.

#### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 1. Febr. 6.** öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Vorsitzender: Geh. Rath v. Mohl. Am Ministerische: Staatsminister Dr. Jolly, die Ministerialpräsidenten: v. Freydrich, v. Dusch, Elstätter und Geh. Referendar Rnth.

Nach Eröffnung der Sitzung hält der Präsident folgende Ansprache:

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich habe die traurige Pflicht, Ihnen mitzutheilen, daß wir heute Morgen 7 Uhr ein langjähriges Mitglied dieses Hauses, Staatsrath Dr. Weizel, nach nur achtstägiger Krankheit durch den Tod verloren haben. Ich bin zu sehr ergriffen, um Ihnen die Größe des Verlustes zu schildern, den wir erlitten haben. Ich glaube dies aber nicht nöthig zu haben, denn Sie Alle, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, waren Zeugen der segensreichen, erproblichen Wirksamkeit, die er in diesem Hause entfaltet. Der Großherzog verliert an ihm einen treuergebenen, langjährigen Diener, das Land einen vortrefflichen Beamten, der es wie Wenige gekannt und dem er wie Wenige die ausgezeichnetsten Dienste geleistet hat. Nie war ihm eine Mühe zu viel, wenn es galt, die Interessen der Allgemeinheit zu fördern.

Dieses Haus verliert an ihm eines der thätigsten und fähigsten Mitglieder, der selbst unter den schwierigsten Umständen sine ira et studio bestrebt war, die Gegensätze zu versöhnen. Wir werden ihn nur schwer ersetzen und stets vermissen. Ich lade Sie ein, dem Verstorbenen zum letzten Male ein Zeichen unserer Achtung und Werthschätzung zu geben, indem Sie sich von Ihren Sitzen erheben.

Sämmtliche Mitglieder erheben sich zum Zeichen der Zustimmung von den Sitzen.

Der Präsident macht nun die Mittheilung, daß von der Zweiten Kammer der Entwurf einer Adresse, enthaltend die Anerkennung und Genehmigung der Staatsrechnungen, übersendet worden sei, sowie daß Oberhofrichter Obkircher sein Ausbleiben durch Unwohlsein entschuldigt habe.

Vom Sekretariate und von den Abg. Dennig und Malsch wird der Einlauf einer Reihe von Petitionen angezeigt, die wir indeß größtentheils schon unter den Einläufen an die Zweite Kammer aufgeführt haben.

Es folgen nun die Berichte

1) des Grafen Kageneck über die Rechnungsnachweisungen des Großh. Staatsministeriums, des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten; 2) des Freiherrn v. Rüd't über die Rechnungsnachweisungen des Großh. Justizministeriums;

3) des Abg. Malsch über die des Ministeriums des Innern;

4) des Grafen Kageneck über die des Handelsministeriums;

5) des Abg. Hummel über die des Finanzministeriums;

6) des Fehrn. v. Gayling über die des Kriegsministeriums;

7) des Abg. Dennig über die der Verkehrsanstalten.

Sämmtliche Nachweisungen wurden auf Antrag der Kommission als unbeanstandet erklärt.

Es entspann sich noch eine kurze Diskussion unter den Abgg. Dennig, Geh. Rath Hermann, Hummel, Hofrath Zeller, Direktor v. Hillern und Graf Kageneck über die Frage, ob über die im Budget enthaltenen Besoldungserhöhungen ein gesonderter Bericht Seitens der Budgetkommission erstattet werden solle. Die Frage wurde schließlich auf Vorschlag des Staatsministers Dr.

Jolly dahin entschieden, daß die prinzipielle Behandlung der Besoldungserhöhungs-Frage auf die Beratung des Richterbesoldungs-Gesetzes zu verschieben sei.

Schließlich wurde auf Vorschlag des Präsidenten zur Wahl einer Eisenbahn-Kommission geschritten. Die Wahl fiel auf Se. Großh. Hoheit Prinz Wilhelm, Fehrn. v. Bodmann, Graf Verlichingen, Malsch und Hummel.

Die nächste Sitzung findet Samstag den 10. d. M. statt.

**Karlsruhe, 31. Jan. 18.** öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Fortsetzung statt Schluß.)

Nach Eröffnung der Generaldiskussion drückt

Abg. Müller (von Forstheim) die Erwartung aus, daß künftig, wenn es sich um Bildungsanstalten der Frauen handle, auch die Frauen berechtigt seien, mitzusprechen.

Abg. Förberer erklärt, mit der Regierungsvorlage einverstanden zu sein, obgleich er die heute gehörte Begründung derselben nicht in allen Stücken billigen könne.

Abg. Fischer ist insbesondere deshalb mit der Vorlage einverstanden, weil die Errichtung von erweiterten Volksschulen und höheren Töchterschulen dadurch erleichtert werde. Die bis jetzt bestehenden Bildungsanstalten seien insbesondere für Frauen ungenügend gewesen, dieselben seien dadurch in keiner Weise in den Stand gesetzt worden, sich ihren Lebensunterhalt selbstständig verdienen zu können. Für die höheren Töchterschulen wünsche er, daß dieselben weniger in französischem als in deutschem Geiste und Sinne geleitet würden. In der höheren Bildung liege die wahre Emanzipation der Frauen, nicht im Cigarrenrauchen und Kanonenschießeltragen. Er wünsche aber, daß das Schulgeld an höheren Töchterschulen möglichst herabgesetzt werde, damit dieselben auch den unbemittelten Ständen zugänglich seien.

Staatsminister Dr. Jolly drückt seine Freude darüber aus, daß der vorliegende Entwurf eine so freundliche Aufnahme gefunden habe. Er habe übrigens nie daran gezweifelt, denn er habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten die Erfahrung gemacht, daß alle auf die Hebung der allgemeinen Volksbildung abzielenden Vorschläge in diesem Hause eine allgemeine Unterstützung gefunden hätten. Man mache in dem vorliegenden Entwurfe einen einfachen Vorschlag und hoffe doch einen durchschlagenden Erfolg damit zu erzielen. Wenn irgend wo in öffentlichen Diensten, so sei in der Schule die Person des Bediensteten von so hervorragender Bedeutung, daß der gute oder schlimme Erfolg einer Einrichtung fast allein von seiner Dienstführung abhängt. Gerade die Person des Lehrers sei es deshalb, von der aus eine Verbesserung unserer Bildungsanstalten angestrebt werden müsse.

Es gebe in Baden 3 Kategorien von Lehrern, die einfachen Volksschullehrer, die Reallehrer, die akademisch gebildeten Lehrer. An und für sich unterliege es keinem Anstand, daß ein akademisch gebildeter Lehrer an einer Volksschule beschäftigt werde, nur müsse dies entweder unter denselben Bedingungen geschehen, unter denen auch ein Volksschullehrer verwendet werde, oder es müßten sich die Gemeinden entschließen, dem akademisch gebildeten Lehrer dieselben Bedingungen zu bieten, wie sie von Seiten des Staates an anderen Lehranstalten geboten würden. Da aber weder das Eine noch das Andere zu erwarten sei, so müsse die Regierung ermächtigt sein, akademisch gebildete Lehrer mit Staatsdiener-Eigenschaft an Volksschulen anzustellen, und diese Ermächtigung solle ihr durch den gegenwärtigen Gesetzentwurf erteilt werden.

Eine im Sinne dieses Entwurfs erweiterte Volksschule werde ihre vorzugsweise Bedeutung zunächst für die kleinen Städte haben, deren Bildungsbedürfnis eine einfache Volksschule nicht genüge, und die theils des finanziellen Aufwandes, theils des mangelnden Publikums wegen den ganzen Apparat einer höheren Bürgerschule nicht aufbringen könnten; für die großen Städte aber liege die Bedeutung des Entwurfs hauptsächlich darin, daß durch denselben die Uebertragung der Vorstandsstelle an einer erweiterten Volksschule an einen akademisch gebildeten Lehrer ermöglicht und so eine pädagogisch einheitliche Leitung geschaffen werde, die noch dazu von einer in der Schule selbst thätigen Kraft gehandhabt werde. Die Autorität eines solchen Vorstandes müsse mehr geistiger, anregender, als äußerlicher, zwingender Natur sein, und gerade in dieser Hinsicht empfehle er, akademisch gebildete Lehrer zu Vorständen zu wählen.

Wenn unsere Bildungsanstalten für die männliche Jugend so vortrefflich seien, wie kaum in einem andern Lande, so habe man für den weiblichen Unterricht noch keine systematische Einrichtung gewonnen. Daß die Resultate beim letzteren weniger bedeutend seien als bei ersterem, sei begründet, wenn man erwäge, daß dieselben nicht für einen praktischen Zweck bestimmt seien, und daß selbst bei idealen Aufgaben ein Mensch weiter komme, wenn er durch ein praktisches Bedürfnis getrieben werde. Die Sache sei aber noch wenig gereift, man habe noch keine feststehenden Resultate gewonnen, bei uns so wenig als in Ländern, wo man kaum über den Versuch hinausgekommen sei. In diesem Stadium der Sache wäre es gewiß unpraktisch, festzustellen, wie der weibliche Unterricht beschaffen sein solle; man habe sich deshalb im Entwurfe auf allgemeine Bestimmungen beschränkt, um den Töchterschulen den Vortheil eines von einem akademisch gebildeten Lehrer geleiteten Unterrichts schon jetzt zuzuwenden.

Der Präsident erklärt die Generaldiskussion für geschlossen. (Schluß folgt.)

**Karlsruhe, 1. Febr. 19.** öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 3. Febr., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erste Berathung des Gesetzentwurfs, die Einführung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz betreffend; Berichterstatter: die Abgg. Blum und Lender. 3) Bera-



thung des von dem Abg. Weber Namens der Petitions-  
kommission zu erstattenden Berichtes, die Bitte der Ge-  
meinderathe der Städte Mannheim und Pforzheim, die  
Organisation der Pfandbrieferei, insbesondere die Ent-  
hebung der Gemeinderathe von den Funktionen als Gewähr-  
und Pfandgerichts-Mitglieder betreffend. 4) Berathung des  
im Namen der Budgetkommission durch den Abg. Sachs  
erstatteten Berichtes über den Gesetzentwurf, die Befolgungen  
der Richter betreffend.

Wir berichtigen eine in Nr. 27 d. Bl. im Berichte über die 16.  
Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer enthaltene Angabe dahin,  
dass nicht Abg. Bidel, sondern Abg. Bürklin zu den Unterzeichnern  
des Antrags auf Erhöhung der Maximalbefolgungen der Bezirks-  
inspektoren z. gehört.

### Badische Chronik.

✓ Karlsruhe, 1. Febr. Die seitige Uebung, nach welcher  
das Publikum gehalten war, seine Briefe durch Selbstaufkleben  
einer Marke zu frankiren, ist seit dem 1. Januar außer Kraft ge-  
treten. Die Reichs-Postanstalten sind verpflichtet, an den Schalter-  
stellen auch Briefe gegen baare Erlegung des Francos anzunehmen.  
Für das Publikum tritt hierdurch, namentlich zu den Zeiten, während  
welcher ein starker Zubrang zu den Annahmestellen herrscht, eine  
wohlthätige Aenderung ein, da der Aufgeber sich sofort entfernen kann,  
sobald er den Brief mit abgezähltem Gelde dem Annahmestellen über-  
geben hat.

\* Karlsruhe, 1. Febr. Wir entnehmen der neuesten Num-  
mer der „Bad. Gewerbe-Ztg.“ — des amtlichen Organs der badischen  
Kommission für die Welt-Ausstellung in Wien im Jahre  
1873 —, daß dieselbe theils unmittelbar, theils durch Vermittelung  
der Vereine und Vorkomitees, welche die Beforgung des geschäftlichen  
Verkehrs der Aussteller ihres Bezirks mit der Kommission übernommen  
haben, die Formulare zur Anmeldung der Ausstellungsgegenstände  
und des dafür beanspruchten Raums hinausgegeben hat. Die Wie-  
dereinsendung der ausgefüllten Anmeldebogen soll spätestens auf  
den 8. Februar l. J. erfolgen, da die Kommission demnach in  
die Lage kommen wird, über ihr Gesamtbedürfnis an Raum für die  
badischen Aussteller an maßgebender Stelle ihre Erklärung abzugeben.  
Was die Befestigung der badischen Künstler an der Wiener Aus-  
stellung betrifft, so wurde der Kommission die Mitwirkung des Vor-  
standes der Kunstgenossenschaft zu Karlsruhe bei der Befor-  
gung der bezüglichen Geschäfte, namentlich auch Nichtmitgliedern ge-  
genüber, bereitwillig zugesichert. Mit der Entgegennahme der des-  
falligen Anmeldungen und Zusendungen wurde der Schriftführer der  
Kunstgenossenschaft, Hr. Inspektor Willweider in Karlsruhe, be-  
traut.

Wie wir weiter erfahren, hat die kais. Ausstellungskommission  
in Wien für die Anfertigung der nach dem Programm der Welt-Aus-  
stellung im Jahre 1873 zur Verteilung kommenden fünf Klassen von  
Preismedaillen einen Konkurs ausgeschrieben, wozu alle  
Künstler des In- und Auslandes eingeladen sind. Die näheren Be-  
stimmungen bezüglich der Anfertigung der verschiedenen Auszeichnungs-  
medaillen, deren Einbringung, Beurtheilung und Prämierung sind in  
dem genannten Blatte der „Bad. Gewerbe-Ztg.“ enthalten. Die badische  
Ausstellungskommission hat sich zur Vermittlung der Einbringung  
von Konkursentwürfen bereit erklärt.

Mannheim, 29. Jan. (Fr. J.) Nachdem sich der lange anhal-  
tende, außerordentlich niedrige Wasserstand in den letzten Tagen etwas  
gehoben, hat die Dampfschiffahrt bei milder Witterung ihren  
Dienst wieder begonnen. Die Wiedereröffnung des seit drei Monaten  
unterbrochenen Verkehrs wird als eine große Wohlthat empfunden,  
und es wäre ein Glück, wenn die Regelmäßigkeit desselben keine neue  
Unterbrechung erlitt, worauf jedoch kaum zu zählen ist. — Für die  
Ausführung von Strom-, Ufer- und Hafenarbeiten war  
der Wasserstand außerordentlich günstig. Die neuen Ufer dies-  
und jenseits schreiten hier rasch voran. Wenn man sehen will, was mit  
dem Schöpfweimer und der Schaufel in kurzer Zeit zu Stande gebracht  
werden kann, muß man sich die ausgebeugten Arbeiter am hiesigen  
und am Ufer von Ludwigshafen ansehen. Die neuen Aus- und Ein-  
ladeplätze werden vom Handel, noch bevor sie ganz hergestellt sind, in  
Anspruch genommen und der Abschluß von Verträgen beantragt. —  
Was die Einführung der Drahtseil-Schlepperei anbelangt,  
so haben sich die bayrische und badische Regierung von den Handels-  
kammern und Schiffahrts-Interessenten Gutachten abholen lassen.  
Wahrscheinlich wird der preussische Konkurrenzentwurf allgemein zu  
Gunste gelegt werden. Große Hoffnungen knüpfen die Segelschiffer  
an die Tauerer. — Zu der auf den 22. Februar d. J. in Straßburg  
aberaumten Versammlung, in welcher wegen Anlage eines Kanals  
von Straßburg nach Ludwigshafen-Mannheim eintretende Schritte ge-  
schehen sollen, werden nicht bloß deutsche, sondern auch niederländische  
Interessenten erwartet und hoffentlich nicht ausbleiben. Es wäre sehr  
zu wünschen, daß sich eine recht lebendige Theilnahme kund gäbe und daß  
die Ausschüsse auf Bewirklichung der neuen, wichtigen Wasserstraße  
sehr eifrig annehmen.

Weinheim, 28. Jan. (Fr. J.) Vorgestern starb im 78. Jahre  
an einem Blasenkatarrh der Pastor Herr. Herm. Kiemann zu  
Friedland in Mecklenburg, früher Vikar Oberjäger, dann Landwehr-  
Leutnant, Ritter des Eisernen Kreuzes, Mitgründer der ersten deutschen  
Burschenschaft zu Jena, Hauptredner auf der Wartburg, später als  
Demagog und Demokrat verfolgt, seit 1821 angeklagt und mit der  
Tochter des weiland Jenaer Professors Gensler verheiratet. Ein  
Vierteljahr vor seinem Tode hatte er sein Amtsjubiläum gefeiert.

Aus dem Elzthale schreibt man der „Freisig. Ztg.“ vom 29.  
Jan.: Gestern erstattete Hr. Reichstags-Abgeordneter Fauler seinen  
Wählern im Amtsbezirk Waldkirch Bericht. Er holte die Ergebnisse  
des Reichstages nach, zeichnete in genauen statistischen Umrissen die  
beiden Sessoren des Reichstages unter Hinweisung auf der Stellung,  
die er zu den einzelnen Beschlüssen genommen hat, insbesondere zu den  
Beschlüssen des Reichstages, der Reichs-Goldmünze und des §  
130a des Reichs-Strafgesetzes. Der Redner verbreitete sich geschichtlich  
und politisch über die Wiedergeburt Deutschlands und schloß seinen  
andertalshündigen, sehr geistigen und reichhaltigen Vortrag mit  
einer warmen Ansprache an die Versammlung, worin er die Einigkeit  
als den Grund der Einheit darlegte und nach dem glänzenden Sieg  
über den äußeren Feind die Bekämpfung des inneren Reichsfeindes als

höchste Aufgabe der Deutschen darstellte. Die Versammlung war sehr  
zahlreich besucht und Fauler's Vortrag wurde mit großer Lebhaftigkeit  
Theilnahme vernommen. Die Freunde des Redners versammelten  
sich dann um ihn im Gasthaus zur Post zum zwanglosen Austausch  
der Gedanken.

Vom Kaiserstuhl, 30. Jan. (Hochb. Bot.) Letzten Sonntag  
Nachmittag fand eine Besprechung in Königshausen in Betreff einer  
von Riegel über Endingen, Königshausen, Sasbach, Jechingen,  
(Birkheim-Rothweil) nach Altsreisch zu erbauenden Eisen-  
bahn statt. Die große Begeisterung der dabei interessirten Gemeinden  
zeigte zur Genüge das allgemeine Verlangen nach einer Eisenbahn. Nach  
der Kantonsort Markelsheim (Elsas) war durch Bezirks- und Ge-  
meindebeamte vertreten. Die gefaßten Beschlüsse lassen das Beste er-  
warten.

### Vermischte Nachrichten.

— Straßburg, 31. Jan. (Straßb. Ztg.) Seit Samstag sieht  
man die Briefträger in ihren neuen Uniformen, was ihnen, da  
ihre französischen Uniformen wohl wegen der langen Tragezeit etwas  
schädlich geworden waren, nun ein statliches Aussehen gibt. Mehr als  
das aber wird sie die ihnen schon im letzten Quartale des Vorjahres  
gewordene Gehaltsaufbesserung gefreut haben, da sie dadurch nun fast  
so viele Thaler Besoldung erhalten, wie sie früher Franken hatten.

— Molsheim, 28. Jan. Für die an der Rinderpest ge-  
fallenen und wegen Verdacht derselben getödteten Thiere wurden heute  
18,000 Franken an Einwohner hiesiger Stadt ausgezahlt. Die 130  
entschädigten Personen fanden die ihnen gezahlte Vergütung dem Ver-  
lust des verlorenen Viehes durchaus angemessen.

— Metz, 31. Jan. Die „Ztg. f. d. Loth.“ bringt ihren Abon-  
nenten die Nachricht, daß sie dieser Tage von ihren Lesern um eine  
Lohnerhöhung angegangen worden sei, die sie in der geforderten Aus-  
dehnung nicht habe zustehen können, weshalb dieselben vorläufig  
ihre Arbeit eingestellt hätten. Das Blatt hofft jedoch, daß  
schon in den nächsten Tagen die Schwierigkeiten gehoben sein werden.

H München, 30. Jan. Der Abg. Dr. Sepp hat auf seine  
jüngste Kammerrede hin von einem Pfarrer seines Wahlkreises einen  
Brief erhalten, in welchem ihm der Absender mittheilt, daß in Folge  
der von ihm gegen die „katholische Kirche“ gehaltenen und von den  
Liberalen mit großem Beifall aufgenommenen Rede der Briefschreiber  
von der Frau Wittwe K. den Auftrag erhalten habe, ihm zu eröffnen,  
daß diese das Kapital von 45,000 fl., welches sie bei ihm (wahrschein-  
lich auf seinem großen Gute in Bessobrunn) liegen habe, ihm hienüt  
fände und daß er sich für den Schaden, den er hievon habe, bei den  
Liberalen schablos halten möge. Aber nicht genug damit, macht man,  
wie der „Frankische Kurier“ bemerkt, kirchlicher Seite auch noch Ver-  
suche, Hr. Dr. Sepp in dem Heiligsten, was der Mensch auf Erden  
hat, in seinem Familienleben zu treffen und seine Frau zu überreden,  
daß sie sich von ihrem gottlosen Gatten scheiden lasse.

H Professor Dr. v. Reddinghausen in Würzburg hat dem Ver-  
nehmen nach den ihm gewordenen Ruf nach Straßburg angenommen.

— Bonn, 29. Jan. Aus Vallendar geht uns, schreibt die  
„Bonn. Z.“, die Trauerbotschaft, daß Schwester Augustine Amalie  
v. Vassaux, die langjährige hochverdiente Oberin unseeres St. Jo-  
hannis-Spiritals, gestern, treu ihrem altkatholischen Glauben, ver-  
schieden ist. Noch bis in die letzten Lebensstage hatte die Verehrte mit  
schweren Bedrängnissen ihres Gemüthes, welche von neuhatholischer  
Seite immer und immer wieder an sie herantraten, zu kämpfen;  
allein ihre Glaubensstärke und Ueberzeugung ließen sie keinen Augen-  
blick schwanken.

\* Am 18. v. M. wurde in dem Stadttheater zu Gernitz zur  
Feier der Kaiserproklamation „Babarroffa's Erwachen“,  
Dichtung von G. Geibel, komponirt von Karl Gerder in Frei-  
burg, von dem Gesamtpersonal und den besten Solisten der Bühne  
aufgeführt. Das Werk des badischen Tonsetzers hatte nach den Gernitz-  
er Schülern einen durchschlagenden Erfolg.

— Braunsberg, 25. Jan. (Elb. N.) In der letzten Versamm-  
lung des hiesigen katholischen Bürgervereins wurde beschlossen, das  
Ministerium um eine Ueberweisung einer der hiesigen Kirchen zur Ver-  
mählung, bezw. Mitbenützung für einen regelmäßigen Gottesdienst der  
Altkatholiken anzufragen. Das Bedürfnis der geordneten Seel-  
sorge ist ein dringendes.

— Linz, 30. Jan. (N. Fr. Pr.) Die Untersuchung gegen den  
Carmeliterpater Gabriel mußte eingestellt werden, da der einzige  
mögliche Belastungszeuge, Anna Dunsinger, irrsinnig ist.

— Bern, 26. Jan. (N. Zürich. Z.) Das Komitee der hiesigen  
Sektion des Altkatholiken-Vereins hat vor einigen Tagen eine  
Eiung gehabt, in der beschlossen wurde, im Laufe der nächsten Tage  
eine allgemeine Altkatholiken-Versammlung in Bern zu veranstalten, um  
über die Mißverhältnisse in der katholischen Kirche zu berathen. Es  
liegt im Plan, mit allen geistlichen Mitteln die Bildung und Aner-  
kennung einer altkatholischen Gemeinde in Bern in's Werk zu setzen.  
Die Zahl der hier wohnenden Altkatholiken mag 250 bis 3000 be-  
tragen. In Luzern hat sich auch eine Sektion des schweizerischen Ver-  
eins freisinniger Katholiken gebildet und an anderen Orten steht  
Gleiches unmittelbar bevor.

### Nachricht.

† Berlin, 31. Jan. Abgeordnetenhause. (Abend-  
sitzung.) Bei Fortsetzung der Berathung des Etats des  
Kultusministeriums nahm das Haus die Position, betr. den  
Zuschuß zur Universität, zu dem Antrag auf Abschaffung  
der akademischen Gerichtsbarkeit an. Der Kultusminister  
erklärte, der Wegfall derselben sei in der neuen Projektord-  
nung ausgesprochen. Das Haus genehmigte ferner die Po-  
sitionen betreffend die Gymnasien und Realschulen. Die  
auf Gebaltsverbesserung bezüglichen Anträge wurden der  
Unterrichts- und Budgetkommission überwiesen. Das Haus  
vertagte sich um 10 1/2 Uhr auf morgen.

o Berlin, 31. Jan. Dem deutschen Bundestage  
sind neuerdings drei aus Elsas-Lothringen bezügliche  
Gesetzentwürfe vorgelegt worden. Der erste bezweckt  
die Dispensation von Ehehindernissen sowie die Gültigkeits-  
erklärung nicht ganz regelrecht erfolgter Eheschließun-

gen. Namentlich bestimmt er, daß die Ehen von Militär-  
personen, welche bis zum 31. Dez. 1871 in dem neuen  
Reichslande durch priesterliche Einsegnung vollzogen sind,  
ohne daß ihnen der nach französischem Gesetz erforderliche  
Zivilakt vorausgegangen ist, als von Anfang an gültig be-  
trachtet werden sollen. Der zweite Gesetzentwurf betrifft  
die Einsegnung außerord. Kommissäre zur Verwaltung  
einzelner elsas-lothringischer Gemeinden. Durch denselben  
wird für ungewöhnliche Balancen und für sonstige Aus-  
nahmefälle Vorsorge getroffen. Der dritte Gesetzentwurf  
bestimmt die Mittel, welche aus der Landes-Hauptkasse El-  
sas-Lothringens im Jahr 1872 für die nach Oftern d. J.  
in Straßburg zu eröffnende Universität verwendet wer-  
den sollen. Diese Summe ist im Ganzen auf 200,000  
Thlr. normirt. Davon sind ausgezahlt: 117,000 Thlr. für  
Besoldungen, 8000 Thlr. für dauernde sachliche Ausgaben,  
72,000 Thlr. einmalige und außerordentl. Ausgaben für  
Umzugskosten, für die Beschaffung von Lehrmitteln zc., end-  
lich 3000 Thlr. für Stipendien. Nach dem Gründungs-  
plane soll die neue Universität in ihrem Umfange vorläuf-  
ig eine Stellung zwischen Leipzig und Heidelberg einneh-  
men. Die Zahl der ordentlichen Professoren ist auf 42,  
die der außerordentlichen auf 20 angelegt.

† Rom, 30. Jan. Der Justizminister de Falco  
brachte in der Kammer den Gesetzentwurf betreffend die  
Reform des Schwurgerichts ein. — Der portugiesische Ge-  
sandte bei dem päpstl. Stuhl, Graf Thomar, wurde vom  
Könige empfangen.

† Madrid, 31. Jan. Nach Berichten aus Barce-  
lona ist die Ruhe dort vollständig wieder hergestellt.

† London, 31. Jan. Der hiesige Gesandte am Ber-  
liner Hofe, Ddo Ruffel, wird heute nach Berlin ab-  
reisen.

Nach Berichten aus New-York vom gestrigen Tage  
hat ein spanisches Kanonenboot ein englisches Fahrzeug  
nebst Besatzung mit Beschlag belegt, weil dasselbe Kriegs-  
kontrebande für die Insurgenten auf Kuba ausgeführt  
hatte.

### Frankfurter Kurszettel vom 1. Februar.

Staatspapiere.	
Deutschland 5 1/2 % Bundesoblig. 100 1/2	Oesterreich 4 1/2 % Papierrente 55 1/2
5 1/2 % Schatzscheine	3 1/2 % Obl. f. d. J. 55 1/2
Preußen 4 1/2 % Obligation. 103 1/2	Bayern 4 1/2 % Obl. f. d. J. 90
Baden 5 1/2 % Obligationen 103 1/2	Württemberg 4 1/2 % Obl. f. d. J. 90
4 1/2 %	4 1/2 %
3 1/2 % Obl. v. 1842 88 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 88 1/2
Bayern 5 1/2 % Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2 % Obligation. 101 1/2
4 1/2 %	Schweden 4 1/2 % dte. v. 1871 96
4 1/2 %	Schweiz 4 1/2 % dte. v. 1871 99 1/2
Württemberg 5 1/2 % Obligation. 103 1/2	4 1/2 % dte. v. 1871 99 1/2
4 1/2 %	4 1/2 %
Napoli 4 1/2 % Obligationen 99 1/2	4 1/2 % dte. v. 1871 96 1/2
4 1/2 %	4 1/2 %
Sachsen 5 1/2 % Obl. 104	4 1/2 % dte. v. 1871 95
5 1/2 %	4 1/2 %
Gr. Hessen 5 1/2 % Obligation. 102 1/2	3 1/2 % Spanische 31 1/2
4 1/2 %	3 1/2 %
Oesterreich 5 1/2 % Silberrente 64 1/2	3 1/2 %
3 1/2 %	3 1/2 %

Aktien und Privatrenten.	
Badische Bank 122 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 102 1/2
Frankf. Bank à 500 fl. 3 1/2 % 140 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 83 1/2
Bankverein à 100 fl. 40 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 84
40 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 82
133 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 91 1/2
Bereinskasse m. fl. 100 126 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 91 1/2
490 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 91
Deft. Nationalbank 88 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 90
Deft. Credit-Aktien 359 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 83 1/2
Stuttgarter Bank-Aktien 113 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 83 1/2
4 1/2 % Bayer. Dkt. à 200 fl. 156	5 1/2 % dte. v. 1871 90 1/2
4 1/2 % dte. v. 1871 75 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 75 1/2
4 1/2 % dte. v. 1871 78 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 78 1/2
4 1/2 % dte. v. 1871 50 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 50 1/2
3 1/2 % dte. v. 1871 87 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 85 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 423 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 60 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 229 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 39 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 235 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 39 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 259 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 39 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 275 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 99
5 1/2 % dte. v. 1871 173 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 90
5 1/2 % dte. v. 1871 279 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 78 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 220 1/2	5 1/2 % dte. v. 1871 79 1/2
5 1/2 % dte. v. 1871 490	5 1/2 % dte. v. 1871 79 1/2

Anleihenloose und Prämienanleihen.	
Bayer. 4 1/2 % Prämien-Anl. 117	Deft. 4 1/2 % 250 fl. Loose v. 1864 85
Badische 4 1/2 % dte. 115	5 1/2 % 500 fl. v. 1864 85 1/2
35 fl. Loose 74 1/2	10 1/2 % Loose v. 1864 151
Braunsch. 20-Jähr. Loose 21	Schwedische 10-Jähr. Loose 12 1/2
Großh. Hessische 50 fl. Loose 183	Hannländer 10-Jähr. Loose 9 1/2
25 fl. 53	Meiningen fl. 7. 6 1/2
Ansbach-Gunzenhausen Loose 12 1/2	

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3 1/2 % l. S. 99 1/2	Preuß. Friedrichsd'or fl. 9.58—59
Berlin 60 Thlr. 4 1/2 % 105	Witolden 9.40—42
Bremen 50 Thlr. 3 1/2 % 95 1/2	Holländ. 10 fl. St. 9.53—55
Hamburg 100 Th. 3 1/2 % 87 1/2	Ducaten 5.32—34
London 10 Pf. St. 3 1/2 % 118 1/2	20-Francs-Stück 2.13 1/2—19 1/2
Paris 200 Frs. 6 1/2 % 92 1/2	Engl. Sovereigns 11.45—47
Wien 100 fl. 6 1/2 % 103 1/2	Russische Imperial. 9.40—42
Disconto . . . l. S. 4 1/2 %	Dollars in Gold 2.25—26

Stimmung: fest.  
Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.  
Freitag 2. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonne-  
ment. 6. Gastdarstellung der Fräulein Stehle. Der  
schwarze Domino, komische Oper in 3 Akten, von Kuber.  
„Angela“ — Fräul. Stehle. Anfang 7 1/2 Uhr



**5.45. Karlsruhe.** Heute früh 7 1/2 Uhr ist nach kurzem Leiden der Großh. Staatsrath und Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Gideon Weigel im 65. Lebensjahre sanft verschieden. Den vielen Freunden und Bekannten des Verstorbenen widmet diese Trauerkunde im Namen der Familie, Karlsruhe, den 1. Februar 1872, Friedrich Weigel, Amtsrichter.

Beerdigung: Samstag 3. Februar, Vormittags 11 Uhr.

**5.39. Buchen.** Entfernten Verwandten, Freunden und Bekannten die Trauernachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen, unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, Marie Anna Kiefer Wittwe, geb. Bechtold, heute früh 7 1/2 Uhr nach achtstägiger Krankheit (Lungenentzündung) im 74. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen. Um stille Theilnahme bitten, Buchen, den 31. Januar 1872, Im Namen der Hinterbliebenen: Rudolf Kiefer, Apotheker.

**5.23.2. Freiburg.** Freunden und Bekannten theilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, Friedr. Prinz, Reg.-Revisor a. D., heute Nacht im Alter von 86 Jahren 7 Monaten verschieden ist. Um stille Theilnahme bitten, Freiburg, den 28. Januar 1872, Die trauernden Hinterbliebenen.

**5.42.** So eben traf in der Unterzeichneten ein: Die **Grenzen zwischen Staat und Kirche** und die Garantien gegen deren Verletzung. Historisch-dogmatische Studie mit Berücksichtigung der deutschen und außerdeutschen Verfassungen und einem Anhang theils ungedruckter Aktenstücke von **Dr. Emil Friedberg.** Erste Abtheilung. Preis: 3 fl. 24 kr. **Karlsruhe. G. Braun'sche Hofbuchhdlg.**

**5.941.3. Heidelberg.** Lehrlingsstelle offen! für einen jungen Mann mit den nöthigen Vorkenntnissen in meinem Webwaren-Geschäft. Offerten unter nebigem Adresse erbitte direkt: **G. Müller, vormals Kaufmann.**

**Stellen-Gesuch.** Tüchtige Werk- und Zeitungs-, sowie Accidenz-seher, Maschinenmeister u., ledige und verheiratete, suchen baldigst Kondition. Adresse unter F. N. poste restante Stuttgart einzusenden. **5.983.3.**

**Commis,** ein angeheuerter, wird für eine Expedition dieses Blattes. **5.19.1.**

**5.24.1. Gesuch.** Für einen Gasthof wird ein Kellner, der mit guten Kenntnissen versehen ist, auf eine Jahresstelle gesucht. Sprachkenntnisse werden nicht verlangt. Der Eintritt könnte sogleich geschehen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

**5.38.1. Gengenbach. Empfehlung.** Ich mache hiermit die ergebene Anzeige, daß ich dieses Frühjahr mehrere 1000 Obstbäume, sowie Rosen (hohe) und mehrere 1000 Sträucher abzugeben habe. Insbesondere aber empfehle ich meine in härtesten Sägen vorhandenen 2. und 3jährigen Rebwürzlinge, als:

- 60,000 Schwarze Burgunder,
- 10,000 Elbner,
- 30,000 Rauschling, der große,
- 1,000 Kleiner, oder Traminer genannt,
- 50,000 Kulländer, oder Trüber,
- 2,000 Kraschmoffer, Straußentel.

Auch sind Tafeltrauben in besten Sorten zu haben. Ferner sind auch einige 100 schon gezogene Birnen, Cordons, mit Fruchtstößen zu haben. Prompte Bedienung und billigste Preise sichern zu, Gengenbach, den 31. Januar 1872, **Gärtner Haas Wittwe.**

**5.907.7. Stuttgart. 150 Seher nach Stuttgart.** 150 Seher, welche nicht Verbandsmitglieder sind, werden zu baldigem Eintritt gesucht. Wochenerwerb je nach Leistung 12 bis 15 Gulden. Reichliche Reiseentschädigung. Offerten an **J. B. Metzler'sche Buchhandlung Stuttgart, Galmerstraße.**

446. 7. Nr. 5988. Karlsruhe. **Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.** Begründet im Jahr 1835. **Kapitalvermögen am Schlusse des Jahres 1870: — 9,408,979 Gulden. —** Diese auf Gegenseitigkeit beruhende Anstalt schließt alle Arten von Versorgungs-, Aussteuer- und Lebensversicherungs-Verträgen ab. Nähere Auskunft wird auf dem Bureau der Anstalt und bei deren Vertretern erteilt. **Der Verwaltungsrath.**

**5.29.1. In einer größeren Stadt am Rhein ist eine Mineral-Wasser-Fabrik** auf das Vortheilhafteste mit Dampftrieb eingerichtet, unter billigen Bedingungen zu verkaufen. Das Geschäft besitzt eine gute Kundenschaft und wird Familienverhältnisse halber abgetreten. Nähere Auskunft unter Franco-Offerten O. E. 988 beizugeben die Annoncen-Expedition von **Saasenstein & Vogler in Frankfurt a. M.**

**5.905.1. Zwingenberg. Domänen-Veräußerung zu Kürnbach.**

Zufolge höchster Entschliebung soll **Montag den 8. April 1872, Vormittags 11 Uhr,** die in Kürnbach bei Bretten gelegene Schloßhofraithe nebst Zubehörungen, einen geschlossenen Complex von 6 1/2 Morgen Kürnbacher, 7 1/2 Morgen Großh. Hessischen oder 1 Hectare 88 Acre neuen Maßes bildend, in der Schloßwohnung öffentlich meistbietend versteigert werden. Auf der eingefriedigten, von der Kürnbach durchflossenen und mit Obstbäumen beplanten Besitzung befinden sich:

- 1) die Schloßhofraithe mit Wohnhaus, Speicherbau, Stallungen, Holmagazin, Waschküchen, Backhaus und einem sehr ergiebigen Röhbrunnen, dessen Quelle in der Nähe der Besitzung entspringt.
- 2) Zwei Scheuern mit Bandhaus und Schafstall unter einem Dache.
- 3) Ein besonderer Bau mit großem gewölbtem Keller von etwa 5 1/2 Acre Flächenraum und darüber befindlichem Heuspeicher. Der Keller hat doppelten Abschluß und ist ohne Treppe von gleicher Erde aus zugänglich.

Die Besitzung, 2 1/2 Stunden von der Eisenbahnstation Bretten entfernt und nach verschiedenen Richtungen hin mit guten Verbindungs- wegen versehen, würde sich nach ihrer Lage, sowie nach gebotenen Räumlichkeiten und Wasserreichtum zu Fabrikanlagen sehr eignen. Die Bedingungen des Verkaufs, welcher erst abtheilungsweise und sodann im Ganzen erfolgt, werden bei der Versteigerung bekannt gemacht und können auch vorher auf dem Sekretariate der Großherzoglich Hessischen Ober-Forst- und Domänen-Direktion zu Darmstadt auf unserem Bureau, sowie bei Großherzoglichem Rentamts-Unternehmer Lich in Kürnbach eingesehen werden. Letzterer gibt auf Verlangen auch nähere Auskunft über die Verkaufsobjekte. **Zwingenberg, den 14. Januar 1872. Großherzoglich Hessisches Rentamt Zwingenberg. Kolb.**

**Billard.** 5.999.2. Ein noch wenig gebräuchtes Billard mit Schieferplatten ist billig zu verkaufen. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

**Neutlingen (Württemberg).** 5.20. **Edel-Reiser** von 750 Aepfel- und 900 Buntfetten derb net unter Garantie der Reifeheit **Wilhelm Fink.**

**5.41.1. Im Elsaß. Große Handmühle,** 3 Gänge, mit Dampf- und Wasserkraft. Wohnhaus mit Garten; Magazine und vollständige Zubehöre. Jährlicher Reinertrag 15 bis 18,000 Franken. Im Durchschnitt 1500 Ecks moronisch. Schönes Material. Günstige Kondition. Näheres in der Elässischen Geschäfts-Agentur in **Strasbourg.**

**5.25.1. Stuttgart. Gasthof-Verkauf.** Ein Gasthof ersten auf zweitem Rang, sehr frequent. Anzahlung 20 Mille. Näheres sub Chiffre H 332 durch die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mose, Stuttgart.**

**5.40.1. Strasbourg. Commanditaire- od. Associé-Gesuch.** Zur größeren Ausdehnung eines Etablissements, welches seit mehreren Jahren mit gutem Erfolg eine durch Dampf getriebene Gansfleisch- und Brecherei, auch einen bedeutenden Ganshandel betreibt, sucht man einen Commanditaire oder Associé mit ungefähr 40,000 Franken. Das Etablissement liegt einige Stunden von Strasbourg und in einer Gegend, wo die Ganskultur

Morgens 9 Uhr, unter Zusammenkunft am St. Johann aus der Abtheilung unterer Saag: 31 Eichen; 20 Etere eichene Prügel (theilweise anbrüchig) und 2 Loose Schlagraum; **Donnerstag den 8. Februar 1. J.,** Morgens 9 Uhr, unter Zusammenkunft an der Marius-Kapelle aus den Abtheilungen Saubaus und Hagen: 1 Hainbuche; 1 Etere hainbuche, 10 Etere gemischte, 15 Etere weiche Prügel, sowie 3 Loose Grenzreinigungsdreie. Das Waldinventar zeigt auf Verlangen das Holz inwischen vor. **Ettlingen, den 31. Januar 1872. Stadtbezirksforst. v. Stetten.**

**Bürgerliche Rechtsplege.** **Kadungenverfügungen.** 5.420. Nr. 2772. Mannheim. In Sachen der Ehe Truemann in Brighton, Klägerin, gegen Eward Montague Meyer, unbekannt wo abwesend, Erbe des dahier verstorbenen Sprachlehrers Eward Meyer aus London, Beklagter, **Vernehmung d. r.**

**Beschluß.** Herr Anwalt Friedmann dahier hat Namens der Klägerin hierher vortragen, diese habe an den Beklagten Eward Montague Meyer als gesetzlichen Erben der Hälfte des Nachlasses des dahier verstorbenen Sprachlehrers Eward Meyer für ein am 7. October 1864 dem Vater des Beklagten gemachtes Darlehen von 600 fl. nebst 5% Zins von diesem Tage und für zwei im Jahr 1867 gemachte Darlehen von zusammen 300 fl. je die Hälfte dieser Beträge zu fordern. Auf Antrag des klägerischen Vertreters und in Anwendung der R.R. 5. 724, Absatz 1, 798, 798 a. und §§ 243, Abs. 2, 244, 245, 638 ff., 190 der R. Pr. Ordg. ergeht befohlen bedingter Zahlungsbefehl: Dem Beklagten Eward Montague Meyer wird aufgegeben, binnen drei Monaten den klägerischen Theil durch Zahlung der Hälfte der obengenannten Forderungen zu befriedigen oder zu erklären, daß er die gerichtliche Verhandlung der Sache verlange widerigenfalls die Forderung auf Anrufen des klägerischen Theiles für aufgehoben erklärt würde. Demselben wird zugleich aufgegeben, längstens innerhalb obiger Frist einen dahier wohnenden Gemahlhaber zum Empfang aller künftigen gerichtlichen Verfügungen aufzufstellen, widerigenfalls solche ihm lediglich durch Anschlag zur Gerichtstafel eröffnet würden. **Mannheim, den 24. Januar 1872. Großh. bad. Amtsgericht. Beroni.**

**Starrrechtsplege.** **Kadungen und Forderungen.** 5.435. Nr. 731. Fullendorf. Ignaz Durc von Bartholomä, kgl. württbg. Oberamts-Gmünd, ca. 30 Jahre alt, klein, kräftig gebaut, mit schwarzem Kopfhaar und Schnurrbart, dunkelbrauner Gesichtsfarbe, schlecht gekleidet, steht dahier unter der Aufsichtigung in Untersuchung, am 28. I. M. durch Vorspiegelung falscher Thatfachen in den Besitz des Gutschens nebst Pferd seines Dienstherrn, Kaspar Birkhofer von Dichtenhausen, sich gesetzt und geflüchtet zu haben. Wir bitten um Fahndung auf den Täter und um gefällige Einlieferung desselben im Betretungsfalle. **Fullendorf, den 29. Januar 1872. Großh. bad. Amtsgericht. v. Schöbeler.**

**5.441. Nr. 1262. Durlach. In der Nacht** vom 26/27. d. M. wurden aus einem hiesigen Gasthause folgende Gegenstände entwendet: 1) Ein brauner Leberzieher mit einem schwarzen Sammfragen und 2 Reihen überponnener Knöpfen, derselbe hat 2 Seitentaschen, auf der linken äußeren Seite eine Brusttasche und auf der rechten inneren Seite ebenfalls eine solche, die Taschen sind mit schwarzem gepulverten Wollband eingefaßt; ferner ist der Leberzieher innen mit schwarzem Orleans gefüttert und die Kermel sind mit blau- und weißgestreiftem Futter versehen; 2) eine mit schwarzem Band eingefaßte blauwogene Weste; 3) ein hell- und dunkelroter Shawl; 4) ein weißes Leinwand, mit „J. B.“ roth gezeichnetes Hemd; 5) ein schwarzseidenes Halstuch. Wir bitten um Fahndung. **Durlach, den 29. Januar 1872. Großh. bad. Amtsgericht. G a u p p.**

**Bermischte Bekanntmachungen.** **5.27.1. Nr. 2350. Karlsruhe. Bekanntmachung.** Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß aus der unter unserer Aufsicht und Leitung stehenden, katholischen Pfarrpfründe-Kasse dahier **Kapitaldarlehen** in beliebigen Beträgen über 1000 fl. auf vorchriftsmäßigem erstes Eigenschaftsunterhand im doppelten und bei Gebäuden im dreifachen Werthansätze gewährt werden. Die betreffenden Kapitalgesuche sind bei der unterzeichneten Behörde einzureichen. **Karlsruhe, den 30. Januar 1872. Katholischer Oberpfarrungs-rath. Sch a i b l e.**

**5.11. Redargemünd. (Holzversteigerung.)** **Donnerstag den 8. Februar 1872, Morgens 10 Uhr,** wird versteigert im Ader zu Wimmersbach aus dem Domänenwaldungen Gränberg: 517 Eter buchenes Edelholz, 646 Eter buchenes Edelholz, 4 Eter buchene, 34 Eter gemischte Prügel. **Freitag den 9. Februar 1872,** ebenfalls des Morgens 10 Uhr im Ader zu Wimmersbach, aus dem Gränberg: 8450 buchene, aus dem Poberg: 3050 gemischte (Bau-) Wellen. **Redargemünd, den 30. Januar 1872. Großh. bad. Bezirksforst. Sch a b i n g e r.**